Nummer 313

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Freitag, 9. Juli 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, für den deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: I. D. Direktor R. Lorenz, Berlin W 8; Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Drucherei und Verlag, Gel. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 10 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Juli 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Linksregierung in Mecklenburg.

Mehrheit von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten!

Schwerin, 8. Juli.

Der Landtag wählte in seiner heutigen Sitzung die neue Regierung. Im ersten Wahlgang wurde der sozialdemokratische Abg. Paul Schröder-Rostock mit 25 von 49 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 24 Stimmen entfielen auf den Abg. Freiherrn v. Brandenstein (Deutschnational).

Im zweiten Wahlgang wurden nur 30 Stimmzettel abgegeben, die Deutschnationalen, die Völkischen und zwei Wirtschaftsparteiler enthielten sich der Stimme. Es entfielen auf den Abg. Asch (Soz.) 24 und auf den Abg. Moltmann (Soz.) eine Stimme, fünf Stimmzettel blieben unbeschrieben. Abg. Asch war somit zum Staatsminister gewählt. Im dritten Wahlgang entfielen von den abgegebenen 30 Stimmen auf den Abg. Dr. Möller (Dem.) 23 Stimmen, zwei Stimmen auf den Abg. Moltmann (Soz.), fünf Stimmzettel waren unbeschrieben. Dr. Möller ist somit zum Staatsminister gewählt.

*

Die neue mecklenburgische Regierung besteht also aus zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten. Im Landtag sind Sozialdemokraten und Demokraten in der Minderheit. Ihre Regierung konnten sie nur bilden mit Hilfe der Kommunisten. Aber auch das war ihnen nur dadurch möglich, daß der eine kommunistische Abgeordnete, der gestern bei der Wahl des Ministerpräsidenten den Ausschlag gab, kurz vor der Sitzung durch Landtagsbeschluß dem polizeilichen Gewahrsam entzogen wurde — er war nämlich am Dienstag verhaftet worden, da er steckbrieflich schon lange gesucht wurde. Ganz fest wird die neue mecklenburgische Regierung im Sattel sitzen, wenn ein anderer kommunistischer Abgeordneter, der sich gegenwärtig noch im Zuchthause befindet, befreit sein und die Zahl der Regierungsstimmen auf 26 erhöhen wird!

So wird ein deutscher Freistaat parlamentarisch von seiner demokratisch-sozialistisch-kommunistischen „Mehrheit" regiert!

Der Achtstundentag im englischen Bergbau bestätigt.

Lärmszenen im Oberhaus.

London, 8. Juli.

Das Achtstundenarbeitsgesetz wurde in dritter Lesung vom Oberhaus angenommen und erhielt die königliche Bestätigung.

Der Gesetzentwurf wurde im Oberhaus in dritter Lesung angenommen, nachdem die Mitglieder des Oberhauses, die der Arbeiterpartei angehören, durch ihre Weigerung, ihre Reden zu beenden, die Regierung dazu gezwungen hatten, den Schluß der Debatte zu verlangen. Eine Anzahl Mitglieder des Unterhauses verursachten Lärmszenen durch ihr Eindringen in das Oberhaus, wo sie riefen: Vier Stunden für euch und acht Stunden für die Bergarbeiter! Es gab noch andere heftige Auftritte, als die königliche Genehmigung dem Gesetzentwurf erteilt wurde. Die Mitglieder der Arbeiterpartei unterbrachen lärmend den Vorgang und riefen: Dies ist eine Schande! Dieser Gesetzentwurf ist ein Mord!

Im Unterhaus teilte heute der Grubenminister mit, daß 11000 Kohlenarbeiter, die sich auf etwa 40 Gruben verteilen, wieder arbeiten. Die Zahl der Streikenden betrage aber immer noch mehr als eine Million.

Rußland stellt die Unterstützung des englischen Streiks ein.

TU Moskau, 8. Juli.

Der Versuch des Zentralrates der Gewerkschaften, die Unterstützung der englischen Bergarbeiter weiter fortzuführen, ist gescheitert. Die Sowjetregierung hat die zwangsweise Einreihung von Geldbeträgen von den russischen Arbeitern für die englische Unterstützung verboten. Es wird damit gerechnet, daß die russischen Unterstützungen am 15. Juli eingestellt werden.

Auf Einladung der französischen Regierung wird General Primo de Rivera nach Paris abreisen, um dort der Militärparade vom 14. Juli beizuwohnen.

Caillaux gegen seine Kritiker.

Seine Verteidigung in der Kammer

Die Interpellationsdebatte geht heute weiter.

Paris, 8. Juli.

Heute wurde die Interpellationsdebatte über die Währungs- und Finanzsanierung fortgesetzt. Finanzminister Caillaux ergreift das Wort und erklärt, sofort auf die Ausführungen des Abgeordneten Blum antworten zu wollen. Er stellt dem sozialistischen Programm das Programm gegenüber, für das die Regierung auf Grund des Sachverständigenberichtes sich entschieden habe. Es sei leicht, eine gesetzgebende Versammlung dadurch für sich zu gewinnen, daß man den indirekten Steuern direkte Steuern gegenüberstellt. Aber man müsse bedenken, daß in Frankreich vor 1914 fast sämtliche Einnahmen aus indirekten Steuern gezogen wurden, während heute ein Drittel der Einnahmen aus den direkten Steuern kämen. Wenn man vorschlage, daß man den Steuersatz der Einkommensteuer abändern wolle, so handele es sich nicht darum, das ganze fiskalische System umzumodeln, sondern darum, die Einschätzungsarbeiten zu erleichtern und den Ertrag zu steigern. Caillaux verliest sodann Artikel eines sozialistischen Provinzblattes, die 1925 erschienen sind und in denen erklärt wird, es sei unumgänglich notwendig, besondere und außergesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, damit ein Sanierungsprogramm durchgeführt werden könne. Und hierbei dürfe man sich nicht bei den parlamentarischen Traditionen aufhalten, die zumeist veraltet seien. Auch dürfe man nicht vor dem Wort Diktator zurückschrecken. Diese Artikel seien, so fügt Caillaux hinzu, geschrieben im Hinblick auf einen etwaigen passiven Widerstand des Senats, und deshalb seien diese Ausführungen besonders interessant. Der Abgeordnete Blum wendet sich gegen den Sachverständigenbericht und gegen die Regierungspläne, weil sie angeblich Inflation schufen. Es gebe

zwei ernste Fragen für das Schatzamt:

Die Bons der Nationalen Verteidigung und die kurzfristigen Schatzscheine. Für letztere bestehe keine dringende Gefahr, 1926 stehe kein Verfallstag bevor und nur wenig bedeutende Verfallstage für Februar und Dezember 1927. Die Regierung wolle eine Gesellschaft gründen, um die Interessen der Inhaber der Bons zu wahren. Konsolidierung lehne er ab. Durch die Erörterung der Konsolidierung im vorigen Jahre habe man zum Teil die augenblickliche schwierige Lage geschaffen. Außerdem könne man ja Konsolidierung nicht teilen. Wenn man die Bons der nationalen Verteidigung und die kurzfristigen Schatzscheine konsolidiere, müsse man auch die anderen Schatzscheine konsolidieren. Doch die Regierung den Bons der nationalen Verteidigung eine andere Stellung einräumen wolle, hänge damit zusammen, daß der Staat auf sie angewiesen sei. Das System, das darin bestehe, Banknoten herauszugeben, die durch Devisen gedeckt seien, dürfe man keine Inflation nennen. Eine derartige Garantie sei so gut wie eine Goldgarantie. Eine Stabilisierung ohne vorherige Deflation, so erkläre Herr Blum, werde notwendigerweise die Preise steigern. Dem widerspreche er. Caillaux gebrauchsdann auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei, in Oesterreich und Deutschland anläßlich der Währungssanierung ein. Er fuhr dann fort, Blum schlage vor, den Wert der Banknoten herabzusetzen. Wo wolle man diese Banknoten finden,

Weil zwischen dem Anwachsen der Schuld und dem Kapital der Nation ein Mißverhältnis bestehe, verzichte er auf die Kapitalsabgabe.

Es handle sich nicht darum, 50 oder 60 Milliarden Bons verschwinden zu lassen, denn das wäre ungenügend, es müßten 300 Milliarden Schulden beglichen werden. Sei denn das überhaupt möglich? Die Erfahrungen, die die verschiedenen Länder mit der Abgabe von Kapital gemacht hätten, habe gezeigt, daß dies eine Art Ueberteuerung sei. Auch eine restlose Befestigung der Schuld mit entwertete Franken lehnt der Finanzminister ab. Der einzige praktische Hinweis könnte sich auf den

Dawesplan

beziehen. Was für Deutschland möglich gewesen sei, sei für Frankreich nicht möglich. Wenn Deutschland Anwehmer für seine Goldobligationen gefunden habe, so nur deshalb, weil man gegenüber Deutschland gewisse Druckmittel anwenden könne. Derartige Druckmittel können nur von außerhalb kommen, aber nicht aus dem Innern des Landes.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung kommt Caillaux zum Schluß und erklärt, die Regierung müsse den Sturz des Franken aufhalten und jede Gelegenheit wahrnehmen, um ihn aufzuwerten und zu stabilisieren. England habe trotz seiner Finanzkraft zur Goldbasis nur mit Hilfe von außerhalb kommender Kredite in Höhe von 300 Millionen Dollar zurückkehren können. Deshalb sei es

„keine Schande, wenn Frankreich ebenfalls auswärtige Kredite für die Stabilisierung seiner Währung suche.

Es sei seltsam, daß man an innere Kredite denke, um die Lage wiederherzustellen. Es genüge, daß die Regierung eine feste Haltung habe und das Vertrauen hinter sich wisse, um die Lage wiederherzustellen. Er habe Vertrauen in die Zukunft Frankreichs. Auf keinen Fall wolle er aber die Regelung der interalliierten Schulden mit der Kreditfrage vermengen. Die Regelung der Schulden sei notwendig, damit Frankreich wieder Kredit erlange. Ueber die Regelung der Schulden an die verschiedenen alliierten Länder müsse das Parlament getrennt verhandeln. Die Regierung werde ihm hierzu Gelegenheit geben. Caillaux schloß mit der Erklärung, daß die Kammer der Regierung, die ihre Pläne entwickelt habe, das Vertrauen aussprechen müsse. Die Kammer habe zu wählen zwischen dem Programm der Sachverständigen, das das Programm der Regierung sei, und zwischen dem sozialistischen Programm.

Der Abg. Margaine, der nach Caillaux das Wort ergreift, verlangt Aufklärung über

die Rolle, die die Bank von Frankreich bei der geplanten Stabilisierungsaktion der Regierung spielen soll.

Er spricht sich gegen jedes Abkommen mit dem Auslande aus, das Frankreich unter die Herrschaft der angelsächsischen Kapitalisten oder unter die Kontrolle des Auslandes bringen würde. — Der nächste Interpellant, der linksrepublikanische Abgeordnete Roberglia, verzichtet auf das Wort, da der Finanzminister über die Wirtschaftspolitik der Regierung bereits Auskunft gegeben habe. Der Abgeordnete Molinie von der Radikalen Linken erklärt, er glaube, daß viele Abgeordnete bereit seien, die Regierungsentwürfe anzunehmen, ohne ihre Hoffnung auf eine gründliche Steuerreform unter Hinzunahme einer außerordentlichen Abgabe aufzugeben. — Der sozialistische Abgeordnete Lebas interpelliert dann über die Ausführungen des Sachverständigenberichts hinsichtlich der Verteidung von Bürgschaften. Er fordert vor allen Dingen Sicherung des Achtstundentages, indem er darauf hinweist, daß auch dieses Gesetz in beliebiger Weise ausgelegt werden könne.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

TU Paris, 8. Juli.

Man rechnet damit, daß morgen abend zur Abstimmung geschritten wird. Es stehen noch weitere Interpellationen bevor. Für heute nachmittag war eine Rede Tardieus angekündigt, die jedoch unterblieben ist. Tardieu wird erst bei Schluß der allgemeinen Debatte das Wort ergreifen. Die Regierung will die Vertrauensfrage über das Exposé der allgemeinen Politik stellen, also hauptsächlich über die vorgestrige Rede Caillaux' in der die Forderung nach Erteilung bestimmter Vollmachten enthalten ist. Alles spricht nach wie vor dafür, daß

eine schwache Mehrheit zustande kommt,

besonders nach der Erklärung des Finanzministers von heute, wonach das Washingtoner Abkommen der Kammer zur definitiven Entscheidung noch unterbreitet werden soll. Eine Mehrheit ist allerdings nur möglich, wenn der größere Teil der Radikal-Sozialisten für das Kabinett stimmt, was auch anzunehmen ist.

EP Paris, 8. Juli.

Wie das „Journal des Debats" meldet, hat Finanzminister Caillaux seine Projekte fertiggestellt und wird sie auf dem Kammerbureau einbringen, sobald die Interpellationsdebatte über die Finanzpolitik beendet sein wird. Die Vorlage werde nur wenige Artikel Umfassen. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens werde in einem besonderen Entwurf behandelt werden, der dem Parlament getrennt von den Finanzprojekten vorgelegt werden soll. Das Blatt bestätigt die Meldung des „Temps" über den günstigen Verlauf und bevorstehenden Abschluß der französisch-englischen Schuldenverhandlungen.

Die Sozialisten fordern eine Vermögensabgabe.

Paris, 8. Juli.

Die sozialistischen Abgeordneten Blum und Auriol haben heute eine Tagesordnung eingebracht, für die sie die Priorität am Schlusse der Interpellationen verlangen. Die Tagesordnung wendet sich gegen die Auslandskredite und spricht sich dafür aus, die finanzielle Lage durch ein Notopfer vermittels einer obligatorischen Vermögensabgabe wiederherzustellen.

Die Radikale Kammerfraktion

ist heute vormittag noch zu keiner Entscheidung über die gegenüber der Regierung einzunehmende Haltung gekommen. Der Abg. Maldy schlug vor, von der Regierung eine Reihe von Erklärungen zu verlangen, vor allem über die Haltung gegenüber den Vorschlägen der Sachverständigen bezüglich der indirekten Steuern, ferner über den Umfang der Ermächtigungen, die sie vom Parlament verlangen will, und endlich über die Vorbehalte, die hinsichtlich des Washingtoner Abkommens gemacht werden müßten. Es verlautet, daß die Fraktion die Gewährung des Vertrauensvotums von den Zusicherungen abhängig machen wird, die sie von der Regierung in diesen Punkten erhalten wird.

Zur Erteilung der Regierungsvollmachten

verlautet, daß die radikal-sozialistische Partei gelegentlich der Einbringung des Antrages der Regierung auf Erteilung beschränkter Vollmachten folgenden Vorschlag dem Parlament unterbreiten wird: „Die Vollmachten werden nur unter der Bedingung gewährt, daß die Regierung nicht das Dekret verliest, wodurch die Session geschlossen wird. Das Parlament wird in die Ferien gehen, kann aber auf bloße Einberufung des Kammerpräsidenten hin ohne ein besonderes Dekret des Präsidenten der Republik in jedem Augenblick wieder einberufen werden."

Auf diese Weise würde das Parlament die Regierung unter seiner unmittelbaren Kontrolle halten.

China in der Weltpolitik.

Von

M. A. Wagner.

Angesichts der gegenwärtigen auch weltpolitisch wichtigen Kämpfe in China verdienen die nachstehenden Ausführungen des Verfassers besondere Beachtung, der Ostasien von früher kennt und es vor wenigen Monaten abermals bereist hat.

D. R.

I.

Das zunehmende Nationalbewußtsein.

Bei aller Schwierigkeit, welche naturgemäß der Erklärung der Geschehnisse in China entgegensteht, ist sie doch nicht unmöglich, wenn man die bisher angewandten Methoden verläßt. Man hat sich daran gewöhnt, hinter den Ereignissen den Willen nur einzelner, hervortretender Personen zu sehen. Ist schon dann eine solche heroische Geschichtsauffassung zum mindesten umstritten, wenn die im Vordergrund erscheinende Persönlichkeit der charakterfeste Exponent der Denkungsart eines Teils seines Volkes ist und wenn dieses Volk eine gewisse Handlungsfreiheit besitzt, so erscheint ihre Anwendung auf chinesische Verhältnisse durchaus unterbrichtig.

Auch für den mit der Lage nicht aus eigenem Augenschein Vertrauten ist ersichtlich, daß beide Voraussetzungen fehlen. Dazu kommt noch, daß die asiatische Psyche wesentlich anders als unsere eingestellt ist, sodaß es schon ein Gemeinplatz ist zu sagen, daß wir sie nie verstehen werden, d. h. doch aber, daß wir mit den für uns maßgeblichen Methoden nicht ohne weiteres chinesische Geschehnisse messen dürfen.

Die Verwicklung in China in der Folge des Sturzes der Mandschu-Dynastie hat eine ganze Reihe tüchtiger Männer, zielbewußter Köpfe, hervorgebracht, aber mit nur kurzer Lebensdauer. Die Ereignisse sind über sie hinweggegangen ohne eine Spur ihrer Wirksamkeit. Warum? Weil sie nicht Bestimmende, sondern Werkzeuge anderer waren. Sie konnten sich nicht auf Kräfte mit gleichen Anschauungen stützen, sondern sie waren abhängig von mächtigeren Verbündeten mit eignen Zielen in einem Kampfe, an dem viele beteiligt sind, und zwar keineswegs nur, oder auch nur meistbeteiligt, chinesische Kräfte. Will man versuchen, sich ein möglichst zutreffendes Bild zu machen, so ist es nötig, diese Kräfte aufzuspüren, ihre Ziele zu erkennen und die zur Anwendung gelangenden Methoden. Auch dann bleibt es versagt, aus einer vorhandenen Situation die nächste Szene zu bestimmen, aber man wird ein Bild von der Entwicklung im großen in einer längeren Zeitspanne gewinnen können.

China, dessen Staatsgewalt schon seit dem Auftreten der Westmächte dort ohne Kraft war, und die in der Republik völlig zunichte wurde, mußte natürlich Gegenstand eines Streikes von Personen und Parteien um die Macht werden, eines Streites, der wohl längst entschieden wäre, wenn nicht fremde Begehrlichkeit eingegriffen hätte, die sich natürlich der Unterstützung aus chinesischen Reihen bedient. Chinesische und fremde Ziele sind einander entgegengesetzt, erstere zielen doch auf Selbständigkeit, letztere auf Abhängigkeit von außen, daher ergibt sich das vorhandene verworrene Bild, dazu kommt erschwerend für den Ueberblick noch hinzu, daß auch die fremden Mächte heute einer gegen den andern stehen und daß auch Motive hier in China zum Austrag kommen, welche mit China selbst nichts zu tun haben. Fremde Mächte kämpfen auf Chinas Boden um eigene Weltgeltung, darum aber auch werden die Phasen dieses Kampfes an anderen Orten der Welt gespürt, und dies wiederum macht die Beobachtung der chinesischen Lage wichtig. Wie wichtig, geht auch aus den Nachrichten hervor, welche von dort gegeben werden und welche sich noch stets als beeinflußt von und im Sinne der sie verbreitenden Quelle erweisen. Es ist unverständlich und kein Lob der deutschen Presse, daß sie alle solche Nachrichten unverändert und ohne Kommentar weitergibt, auch wenn die kleinste Ueberlegung das offensichtlich Falsche erkennen läßt.

An dem Kampf um die Regierungsgewalt im Lande hat sich das chinesische Volk anfangs wohl beteiligt, aber sich schon bald zurückgezogen, als es zu seinem großen Wißbehagen erkannte, daß nur die direkt Beteiligten davon profitierten, und zwar aus den Taschen eben dieses Volkes, und als die innere Ruhe und Sicherheit immer weiter zurückging. Seine materialistische Einstellung auf der Grundlage des Zusammenhalts der Familie sieht in der ungestörten und dann gewinnbringenden Beschäftigung das jahrtausendalte Ideal. Die althergebrachte Einrichtung des Kaisertums göttlicher Abstammung kannte die politische Betätigung des einzelnen nicht, und der Beamte besaß kein besonderes Ansehen. Sein Gehalt war äußerst gering, es galt als nötig und berechtigt, dieses durch allerlei Kontributionen zu verbessern, aber Auswüchse kamen kaum vor, die Zentralgewalt duldete das nicht. Jetzt wurde die Anstellung bei der Regierung immer besseres Geschäft, weil diese Hemmung fehlte und Maßlosigkeiten geduldet werden mußten, aber auf Kosten der Sympathie beim Volke für eine Regierung, die das gutheißt. Die Aufstellung immer größerer Heere in diesem